

## **PRESSEINFORMATION 15/2026**

### **DIHK-Umfrage zeigt für BW: Digitalisierung kommt nur langsam voran Digitale Souveränität zunehmend im Fokus – knapp ein Drittel beklagt Abhängigkeiten von US-Produkten**

Stuttgart, 10. Februar 2026 – Die Unternehmen in Baden-Württemberg (BW) halten ihren Digitalisierungskurs. Die Auswertung der DIHK-Digitalisierungsumfrage 2025 zeigt: Mit einer Durchschnittsnote von 2,8 bewerten sich die Betriebe zwar leicht besser als im Vorjahr (2,9), doch aus Sicht des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) bleibt der Fortschritt zu langsam.

„Die Wirtschaft bewegt sich, aber sie wird ausgebremst. Viele Unternehmen investieren in digitale Lösungen, doch ohne verlässliche politische Rahmenbedingungen bleibt der Fortschritt Stückwerk – insbesondere für kleine und kleinste Betriebe“, betont BWIHK-Vizepräsident Claus Paal. „Ihnen fehlen oft Zeit, Fachkräfte und finanzielle Spielräume, um über die Basisdigitalisierung hinauszugehen. Genau hier muss die Politik ansetzen und gezielt bei der Digitalisierung von Arbeitsprozessen und IT-Sicherheit unterstützen.“ Dazu gehörten ein schnellerer Ausbau von Glasfaser und Mobilfunknetzen, weniger Bürokratie und klarere rechtliche Vorgaben.

#### **Deutliche Unterschiede zwischen den Branchen**

Besonders sichtbar werden die Unterschiede zwischen den Branchen: Während die ITK-Branche ihre digitale Reife deutlich über dem Durchschnitt einschätzt, liegt die Industrie – das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft – seit Jahren leicht darunter. Für Paal ist das ein deutliches Signal an die Politik: „Gerade für unsere Industrie brauchen wir schnellere Genehmigungen, weniger Bürokratie, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und gezielte Fachkräftesicherung. Digitalisierung darf kein Standortnachteil werden.“

#### **Verwaltungsdigitalisierung: Note vier bis sechs**

Besonders kritisch bewerten Betriebe die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung: 74 Prozent vergeben hierfür die Schulnoten vier bis sechs. Trotz ambitionierter Strategien wie ‚digital.LÄND‘ bleibt der Fortschritt in BW aus Sicht der Wirtschaft deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die schleppende Verwaltungsdigitalisierung wird zunehmend zum Standortnachteil. „Die Verwaltung darf nicht länger der Bremsklotz der Digitalisierung sein“, so Paal. „Unternehmen brauchen funktionierende digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und verbindli-

che Bearbeitungszeiten – keine Papierprozesse im digitalen Gewand. Politische Programme müssen für die Betriebe im Alltag spürbar wirken.“

### **Hürden auf dem Weg zu mehr Digitalisierung**

Der Handlungsdruck für mehr digitale Prozesse steigt zusätzlich durch wachsende Herausforderungen: 61 Prozent der Unternehmen nennen fehlende Zeit als größtes Hemmnis für weitere Digitalisierungsschritte, gefolgt von Komplexität (55 Prozent) und Finanzierungsproblemen (42 Prozent). Hinzu kommen strukturelle Hürden: 18 Prozent der Unternehmen sehen eine mangelhafte Infrastruktur oder unzureichende Internetanbindung als Problem – obwohl gleichzeitig 72 Prozent angeben, grundsätzlich Zugang zu schnellem Internet zu haben. „Das zeigt eine wachsende Lücke zwischen theoretischer Verfügbarkeit und praktischer Nutzbarkeit“, erklärt Paal. „Digitale Infrastruktur ist vorhanden, kommt aber im betrieblichen Alltag nicht immer zuverlässig an.“

### **Künstliche Intelligenz auf dem Vormarsch**

Die Nutzung Künstlicher Intelligenz etabliert sich dagegen fest in den Unternehmen. Bereits 36 Prozent der Betriebe setzen KI-Lösungen ein – ein Plus von neun Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Weitere 29 Prozent planen, innerhalb der nächsten drei Jahre auf KI zu setzen (2024: 17 Prozent). Am häufigsten wird mit 78 Prozent generative KI verwendet zum Erzeugen von Texten und Bildern, gefolgt von der personalisierten Kundenansprache und Kundensupport (42 Prozent), der Qualitätssicherung und Prozessüberwachung (37 Prozent) sowie der Produktentwicklung (36 Prozent).

### **Digitale Souveränität zunehmend im Fokus**

Zunehmend rückt auch die Frage der digitalen Souveränität in den Fokus. 32 Prozent der Unternehmen geben an, stark von Microsoft-Office-Produkten abhängig zu sein. „Diese Abhängigkeit birgt erhebliche Risiken“, warnt Paal. „Geopolitische Spannungen, der US-Cloud-Act und mögliche Zugriffsmöglichkeiten aus Drittstaaten stellen Unternehmen vor neue Herausforderungen – bei Datensouveränität, IT-Sicherheit und unternehmerischer Handlungsfähigkeit.“ Auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) weist im aktuellen Lagebericht auf die Risiken hoher Abhängigkeiten von US-Digitaltechnologien hin.

Noch deutlicher wird dies bei Betriebssystemen: 39 Prozent der Unternehmen sind vollständig, weitere 25 Prozent weitgehend von Microsoft Windows abhängig. „Das ist kein Randthema, sondern ein strukturelles Risiko“, hebt Paal hervor. „Fehlende Updates, steigende Lizenzkosten und Vendor Lock-in können im Krisenfall massive Auswirkungen ha-

ben.“ Das BSI empfiehlt deshalb ausdrücklich Diversifikation und den Einsatz von Open-Source-Alternativen, um Resilienz und Sicherheit zu stärken.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Plattformen und Maschinенsoftware. Zwar fällt die Abhängigkeit hier auf den ersten Blick geringer aus, gleichzeitig geben viele Unternehmen an, dies nicht genau einschätzen zu können. „Die hohe Zahl an ‚Weiß-nicht‘-Antworten deutet darauf hin, dass Abhängigkeiten unterschätzt werden“, sagt Paal abschließend. „Gerade hier braucht es mehr Transparenz und eine strategische Auseinandersetzung.“

### **Hintergrund zur Umfrage:**

An der DIHK-Digitalisierungsumfrage 2025 haben in der Zeit vom 10. November bis 28. November 2025 bundesweit knapp 5.000 Unternehmen teilgenommen. Aus Baden-Württemberg haben sich fast 500 Unternehmen beteiligt.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Volkswirtschaft  
IHK Region Stuttgart  
Franziska Stavenhagen  
Telefon 0711 2005-1317  
E-Mail: [franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de](mailto:franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de)

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.